

Hüfner, Klaus; Naumann, Jens

"Bildungshilfe". Die externe Bildungsfinanzierung Anfang der 80er Jahre - Umfang, Struktur und Gründe für ihre wahrscheinliche Verringerung

Wulf, Christoph [Hrsg.]: Im Schatten des Fortschritts. Gemeinsame Probleme im Bildungsbereich in Industrienationen und Ländern der Dritten Welt. Saarbrücken; Fort Lauderdale : Breitenbach 1985, S. 47-60. - (SSIP-Bulletin; No. 55)

urn:nbn:de:0111-opus-14205

Nutzungsbedingungen

pedocs gewährt ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit dem Gebrauch von pedocs und der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Kontakt:

peDOCS

Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF)

Informationszentrum (IZ) Bildung

Schloßstr. 29, D-60486 Frankfurt am Main

eMail: pedocs@dipf.de

Internet: www.pedocs.de

Digitalisiert durch DIPF

„Bildungshilfe“.

Die externe Bildungsfinanzierung Anfang der 80er Jahre — Umfang, Struktur und Gründe für ihre wahrscheinliche Verringerung

Klaus Hüfner / Jens Naumann

1. Die weltweite Bildungsrevolution seit dem Zweiten Weltkrieg

Der Sekundarschul- und der Hochschulbereich sind in allen Industrieländern der Ersten und der Zweiten Welt während der letzten Jahrzehnte erheblich erweitert und reformiert worden. Die diesem Prozeß zugrundeliegenden allgemeinpolitischen und wirtschaftlichen Argumentationslinien haben trotz aller Unterschiede in den Ausgangsbedingungen und Umsetzungsstrategien einen gemeinsamen Kern von Modernisierungsvorstellungen. Das damit verbundene langfristige gesellschaftliche Veränderungspotential könnte sich möglicherweise als ähnlich umwälzend erweisen wie die „Demokratische“ und die „Industrielle Revolution“ (Parsons, 1971; Parsons/Platt, 1973).

Diese Spekulation erscheint um so gerechtfertigter, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die Dritte Welt an dem historisch einmaligen Prozeß der zeitgenössischen Bildungsexpansion beteiligt ist und damit die „Bildungsrevolution“ im soziologischen Sinne mitvorantreibt. In dem Zeitraum von 1945 bis 1980 ist die Bevölkerung der Entwicklungsländer um weit mehr als das Doppelte angewachsen. In derselben Zeit gelang es — trotz dieses historisch einmaligen Anwachsens der absoluten Bevölkerungsgröße —, die (Brutto-)Beschulungsquoten enorm zu steigern. Die Primarschulquote wuchs von gut 40 Prozent im Jahre 1950 auf etwa 85 Prozent im Jahre 1980, der Sekundarschulbesuch wurde von etwa 5 auf rund 25 Prozent der Altersgruppe gesteigert, der Hochschulbesuch von 0,6 auf etwa 4,5 Prozent. Dabei erhöhte sich die Bildungsbeteiligung von Mädchen und Frauen deutlich überproportional, wenn sie auch noch immer wesentlich niedriger liegt als die der Jungen und Männer. Solche Welttrends verbergen natürlich gewaltige Unterschiede zwischen Ländern und Ländergruppen und innerhalb der einzelnen Länder. Gleichwohl war die Richtung der Trendentwicklung überall dieselbe (UNESCO Statistical Yearbooks; Ramirez/Boli-Bennett, 1982).

Die Gründe für diese Entwicklung sind vielschichtig und durch jeweilige nationale Besonderheiten des politischen, wirtschaftlichen und kulturell-ideologischen Wandels mitbeeinflusst. Trotz dieser Vielfalt scheint es aber auch wichtige Gemeinsamkeiten zu geben, vor allem die weltweite Ausbreitung einer in bestimmten Grundzügen gleichartigen Vorstellung von Modernisierung und Entwicklung. Ursprünglich aus der europäischen Tradition stammende Ideologien und Modelle (in der liberal-bürgerlichen oder der sozialistischen Variante) wurden einerseits in ihrem kontrafaktischen Gültigkeitsanspruch verallgemeinert, andererseits unter teilweiser Berücksichtigung der Gegebenheiten der Dritten Welt uminterpretiert und angepaßt. Dieser Prozeß führte unter anderem zur weltweiten Verbreitung der Idee des „interventionsorientierten Wohlfahrtsstaates“ und zur Propagierung von gleichen „Menschen-“ und „Bürgerrechten“. Sowohl das konkrete Ausbuchstabilien dieser Ideologischen Elemente wie auch ihr Wirksamwerden angesichts gleichzeitig existierender vor-moderner oder „konservativ-moderner“ Ideologien war — und ist auch heute noch — sehr verschieden. Aber trotz dieser Unterschiede auf konkreteren Erscheinungsebenen scheint es berechtigt zu sein, die enorme Bildungsexpansion in der

Dritten Welt — seit ihrem Beginn in der Endphase des Kolonialismus und im nachrevolutionären China, gefolgt von ihrer institutionellen Absicherung und konzeptionellen Integration in Entwicklungsstrategien seit der ersten Entwicklungsdekade (1960—1970) — als Ausdruck und als Motor der zeitgenössischen Modernisierungsvorstellungen zu betrachten (Boli-Bennett, 1979; Meyer u. a., 1977).

2. Externe Bildungsfinanzierung — Ein stets kleiner, aber wichtiger Teil der Bildungsfinanzierung der Dritten Welt

Im Laufe der Jahrzehnte haben sich einige bildungspolitische Prioritäten der Entwicklungsländer verschoben, andere allgemeine Probleme erscheinen vor dem Hintergrund veränderter Rahmenbedingungen in neuem Gewand:

- Im allgemeinen sind die in den 50er und 60er Jahren bestehenden Defizite an hochqualifiziertem Personal für die Verwaltung und den in der Regel kleinen modernen Wirtschaftssektor einem relativen Überangebot an qualifizierten Bewerbern gewichen. Gleichzeitig zeigt sich aber, daß die Forschungs- und Entwicklungsfunktion im Tertiären Sektor unzureichend verankert ist.
- Die starke Expansion des Primar- und Sekundarschulbereichs geht häufig einher mit hohen Abbrecherquoten und einem sehr selektiven Übergang zur Sekundarstufe. Dieser Umstand verweist einerseits auf die interne Effizienzproblematik des Schulsystems (Zusammenhänge zwischen Lernerfolg — Curriculum — Organisation). Andererseits stellt sich — besonders für den Primarschulbereich — mit immer größerer Schärfe das Problem der ethnischen, sozialen und regionalen Chancen(un)gleichheit.
- Abgesehen von der VR China müssen die meisten Entwicklungsländer damit rechnen, daß ihre (junge) Bevölkerung innerhalb der nächsten 25 Jahre zumindest auf das Doppelte anwächst. Alle bildungspolitischen Spezialfragen — Organisation, Finanzierung, inhaltlich-curriculare Fragen der allgemeinen „Volksbildung“ genauso wie speziellere Qualifikationsprobleme — müssen im Zusammenhang mit dieser demographischen Dynamik und ihren Auswirkungen gesehen werden.

Diese bildungspolitischen Entwicklungen waren und sind mitbeeinflusst durch die zunehmend dichter gewordene internationale Kommunikation und Kooperation, die in der nachkolonialen Phase zu einem erheblichen Teil in den institutionellen Formen der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit erfolgen (vgl. Hüfner u. a., 1983). Im Laufe der letzten 20 Jahre sind unter dem maßgeblichen Einfluß des Development Assistance Committee (DAC) der OECD Begriffskonventionen entwickelt worden, die es erlauben, die „externe Bildungsfinanzierung“ als Teil der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit zu definieren und — zumindest in Umrissen — statistisch zu erfassen.

1980 beschrieb die Weltbank den langfristigen Trend der externen Bildungsfinanzierung (und ihre eigene Rolle dabei) unter Verweis auf genauere Schätzungen für 1970 und 1975 (World Bank, 1980, S. 73—77). Ausgangsdaten dafür waren die in Tabelle 1 enthaltenen Angaben für 1973, die ihrerseits überwiegend auf OECD-DAC-Erhebungen zurückgehen.

Nominal hat sich die gesamte externe Bildungsfinanzierung von 1973 bis 1982 fast verdoppelt; **prels- und wechsellkursbereinigt auf der Grundlage des OECD-Deflators für öffentliche Entwicklungshilfe (ODA) hat sich das Finanzvolumen jedoch um etwa 10 Prozent verringert.** Die Weltbank schätzte für 1975, daß der Anteil der externen Bildungsfinanzierung an den gesamten öffentlichen Bildungsausgaben der Entwicklungsländer etwa 9 Prozent betrug, Anfang der 80er Jahre liegt dieser Anteil zwischen 3 und 4 Prozent.

Tabelle 1: Externe Bildungsfinanzierung, 1973 und 1982, in Mio. US-Dollar zu jeweiligen Preisen

	1973 ¹	1982 ¹
Öffentliche Bildungshilfe, bilateral		
DAC-Länder	1.142,0	2.542,6 ¹
OPEC-Länder	—	70,0 ²
COMECON-Länder	200,0	200,0 ³
Bilaterale Bildungshilfe insgesamt	1.342,0	2.812,6
Multilaterale Bildungsfinanzierung		
Weltbankgruppe	293,5	590,0
Weltbank ⁴	(170,0)	360,0 ⁵
IDA	(123,0)	230,0
UNICEF	22,1	70,0 ⁶
UNDP	25,0	52,0 ⁷
UNESCO	14,0	36,0 ⁸
IDB ⁴	91,0	60,0 ⁹
ADB ⁴	..	30,0 ⁹
AFDF/AFDB ⁴	..	16,0 ⁹
OPEC-Fund	n. a.	16,0 ⁹
UNRWA	29,7	85,0
Andere Programme	100,0	100,0 ¹⁰
Multilaterale Bildungsfinanzierung insgesamt	600,0	1.055,0
Bildungshilfe privater Organisationen	400,0	400,0 ¹¹
Externe Bildungsfinanzierung insgesamt	2.350,0	4.267,6

¹ Angaben für 1973 aus: Phillips, H. M.: Educational Cooperation Between Developed and Developing Countries. New York: Praeger 1976, S. 12; Angaben für 1982: OECD: Jahresprüfung 1983, Tabelle E3, sowie Schätzungen entsprechend den Angaben in den weiteren Anmerkungen.

² Entspricht einem Prozent der OPEC-Entwicklungshilfe.

³ Entspricht etwa 8 Prozent der COMECON-Entwicklungshilfe; der Schätzwert von Phillips für 1973 erscheint ungerichtet hoch.

⁴ Die Leistungen der Weltbank sind überwiegend, die der regionalen Entwicklungsbanken IDB, ADB, AFDF/AFDB teilweise **unvergünstigte Kredite** und insofern **keine** Entwicklungshilfe entsprechend der OECD-Definition. (Die IDA-Leistungen sind hingegen **vergünstigte Kredite**, die der anderen multilateralen Stellen **Zuschüsse** und insofern Teil der Entwicklungshilfe.)

⁵ Jahresdurchschnitt des Kreditvolumens der Jahre 1981 bis 1983.

⁶ 1981.

⁷ 1981.

⁸ Geschätzter bildungsbezogener Anteil des **jährlichen ordentlichen UNESCO-Haushalts** (die meisten „UNESCO-Projekte“ im Bildungsbereich werden durch die Weltbankgruppe, UNDP und UNICEF finanziert und sind daher Teil von Sonderhaushalten).

⁹ Geschätzt durch Multiplikation des Bildungsanteils des Geschäftsvolumens für 1980 mit der Summe aus vergünstigten und unvergünstigten Leistungen für 1982.

¹⁰ Unter anderem WFP, UNFPA, WHO, FAO, ILO, IFAD (grober Schätzwert).

¹¹ Entspricht etwa 20 Prozent des Gesamtvolumens privat finanzierter Zuschüsse. Der Phillips-Wert für 1973 ist unrealistisch hoch (er entsprach etwa 40 Prozent des selbsterzielten privaten Zuschußvolumens).

Damit wird deutlich, daß die externe Bildungsfinanzierung in der Regel eine nur geringe und tendenziell abnehmende Bedeutung für die öffentlichen Bildungshaushalte der Entwicklungsländer insgesamt gehabt hat. Dies gilt allerdings nicht für die Haushalte der Untergruppe der am wenigsten entwickelten Länder, für die vor allem bi- und multilaterale Zuschüsse und vergünstigte Leistungen eine teilweise erhebliche Rolle spielen.

Schließlich muß in diesem Zusammenhang angemerkt werden, daß es — aus funktionaler ökonomischer oder haushaltspolitischer Perspektive betrachtet — problematisch ist, sich ausschließlich auf sektoral zugeordnete oder zuordnungsbar Finanzströme zu konzentrieren: So stehen sowohl sektoral unspezifische Leistungen — etwa in der Form allgemeiner Budgetzuschüsse — wie auch sektoral spezifische Leistungen in anderen Sektoren — etwa Nahrungsmittelhilfe oder Infrastruktur — in einem indirekten Zusammenhang mit Volumen und Struktur des jeweiligen öffentlichen Bildungshaushalts.

Aus Tabelle 1 geht weiter hervor, daß der Löwenanteil der externen Bildungsfinanzierung nach wie vor in der Form vergünstigter bilateraler Leistungen (Zuschüsse und Kredite mit hohem Zuschußelement) der DAC-Länder erbracht wird. Das bildungssektorspezifische Engagement der OPEC-Länder ist nach wie vor sehr gering (die erhebliche OPEC-Entwicklungshilfe wurde überproportional stark als Zahlungsbilanzhilfe gewährt), unser sehr grober Schätzwert für die COMECON-Bildungshilfe entspricht einem hohen Anteil von rund 8 Prozent an der insgesamt noch immer sehr niedrigen COMECON-Entwicklungshilfe.

In der multilateralen Bildungsfinanzierung hat die Weltbank-Gruppe ihre führende Rolle behalten. Hier ist jedoch zu beachten, daß die Weltbank-Mittel (im Gegensatz zu den IDA-Mitteln), wie auch ein Teil der Finanzleistungen der regionalen Entwicklungsbanken, als unvergünstigte Kredite (zu Marktkonditionen) gewährt werden und insofern keine ODA darstellen. Die Mittel der anderen multilateralen Träger werden überwiegend in der Form von Zuschüssen gewährt, sind also Teil der ODA.

Unser Schätzwert für die bildungssektorbezogenen Zuschüsse nicht-kommerzieller privater Organisationen (Kirchen, Parteien, Stiftungen usw.) ist ähnlich schlecht und grob wie der COMECON-Wert (wir haben wiederum den absoluten Wert der aus unserer Sicht ungerechtfertigt hohen 73er Schätzung beibehalten). Die relative quantitative Bedeutung der privaten im Vergleich zur öffentlichen Entwicklungshilfe (ODA) ist im Laufe des letzten Jahrzehnts deutlich zurückgegangen (von gut 10 auf etwa 8 Prozent).

Der Anteil der bildungssektorbezogenen an den gesamten ODA-Zusagen variiert stark zwischen den DAC-Ländern: So widmeten Frankreich 29,6 Prozent, Neuseeland, die Niederlande, Großbritannien und die Bundesrepublik Deutschland zwischen knapp 8 und gut 11 Prozent ihrer ODA-Zusagen dem Bildungssektor, während es im Falle der USA 3,7 Prozent, in anderen Ländern wie Japan und Italien weniger als 2 Prozent waren (durchschnittliche Anteilswerte der ODA-Zusagen 1979—1981, vgl. OECD, 1983, Tabelle E1). Was diese Prozentsätze absolut bedeuten, hängt von der Größe der jeweiligen nationalen ODA-Zusagen ab. So beliefen sich 1982 die aufschlüsselbaren bildungsbezogenen bilateralen ODA-Zusagen der USA auf rund 170 Mio. US-Dollar, während die der Bundesrepublik Deutschland rund das Zweieinhalbfache, die Frankreichs gut das Siebenfache, die der EG-Staaten insgesamt gut das Zwölfwache dieses Betrages erreichten (vgl. OECD, 1983, Tabellen E2, E3). Während sich der bilaterale bildungsbezogene ODA-Betrag der USA in dem Zeitraum 1973 bis 1982 real um etwa 40 Prozent verringerte, wuchs der der EG-Staaten insgesamt um real gut 30 Prozent. Hinsichtlich der multilateralen Finanzierungsträger sollte hervorgehoben werden, daß die bildungsbezogenen Kreditzusagen der Weltbank-Gruppe über die 70er Jahre hinweg bis 1980 anwuchsen und zu diesem Zeitpunkt etwa 8 Prozent des gesamten neu zugesagten Kreditvolumens erreichten (davon sind

jedoch nur die IDA-Leistungen im Sinne der OECD-Kriterien multilaterale ODA). In den 70er Jahren begann die Weltbank-Gruppe — unter anderem unter dem Einfluß der Diskussion über Grundbedürfnisstrategien —, ihre bildungspolitischen Prioritäten umzuorientieren: Weg von der Konzentration auf die Förderung baulich-materieller Infrastruktur im Sekundar- und Hochschulbereich, hin zu einer stärkeren Berücksichtigung von Curriculumentwicklung, Lehrerbildung, Verwaltungsproblemen speziell im Hinblick auf den Primarschulbereich und verschiedene Formen nicht-formaler Bildung (vgl. World Bank, 1980, vor allem Kapitel 3, 5, 6 und 9; für eine allgemeinere Diskussion der Bildungshilfekonzeptionen vgl. Hurst, 1981). Auch die multilaterale ODA wird ganz überwiegend durch **freiwillige** staatliche Beiträge finanziert (und nicht durch Pflichtbeiträge der Mitgliedstaaten oder internationale Steuern). Die **begrenzte reale Steigerung der multilateralen ODA** seit den frühen 70er Jahren ist — so wie die der bilateralen ODA — darauf zurückzuführen, daß der seit langem erfolgende und anhaltende Rückzug der USA aus der internationalen Kooperation die in der Regel stark angewachsene Beteiligung der anderen OECD-Länder und der OPEC-Länder fast kompensiert.

2.1 Die Bildungshilfe der Bundesrepublik Deutschland

Zum besseren Verständnis der Informationen in den folgenden beiden Tabellen, die auf unveröffentlichten DAC- bzw. Regierungsangaben beruhen, soll Übersicht 1 dienen, aus der die Zuordnung zentraler Begriffe der DAC-Systematik hervorgeht.

Die Bildungshilfe der Bundesrepublik Deutschland wurde in der Form von Zuschüssen gewährt und fast ausschließlich im Rahmen der „Technischen Zusammenarbeit“ (TZ) abgewickelt. **Die nominalen Werte der Zusagen (vgl. Tabelle 2) zeigen von 1975 bis 1980 ein starkes Ansteigen, danach ein deutliches Absinken. Real ist das Volumen der Zusagen bis 1980 um etwa 20 Prozent gestiegen, danach fiel es auf das Ausgangsniveau zurück.** Das relative Gewicht des Bildungssektors als Teil der Gesamtzusagen der Technischen Zusammenarbeit blieb mit über 40 Prozent ebenfalls stabil.

Offiziell bildet nach wie vor das vom Bundeskabinett am 22. Dezember 1971 verabschiedete „Grundsatzprogramm der Bildungs- und Wissenschaftshilfe“ den konzeptionellen Ausgangspunkt für die internationale Bildungspolitik der Bundesrepublik Deutschland. Als Schwerpunkte wurden darin genannt:

- die funktionale Grunderziehung, die sich „an junge Menschen im Schulalter wie an Erwachsene ohne die Möglichkeit einer Ausbildung“ (Bundeskabinett, 1971, S. 34) richtet, wobei sowohl an die Unterstützung von Maßnahmen gedacht war, die außerhalb des formalen Schulwesens praxis- und umweltbezogene Grundkenntnisse vermitteln, als auch an Reformmaßnahmen des Primarschulwesens;
- die berufliche Aus- und Fortbildung in den Entwicklungsländern im Sinne multifunktionaler Berufsbildungsvorhaben (unter anderem schulische und überbetriebliche Ausbildungsprogramme, berufsbegleitender Unterricht, Beratung bei der betrieblichen Berufsausbildung, Entwicklung von Ausbildungsmitteln);
- Bildungsplanung und Bildungsforschung in den Entwicklungsländern mit der Konzentration auf die beiden bereits genannten Schwerpunktbereiche;
- Dienste für das Bildungswesen, wie Bau von Bildungseinrichtungen, Förderung der Schulbuch- und Lehrmittelproduktion, Erprobung und Anwendung von Massenmedien.

Die internationale Diskussion in den 70er Jahren hat insbesondere die verstärkte Förderung der funktionalen Grunderziehung als Teil von Strategien zur Befriedigung der Grund-

Übersicht 1: Öffentliche Entwicklungshilfe (ODA) der Bundesrepublik Deutschland, 1982

International vergleichende Daten in OECD 1983, Tabelle:

ODA Nettobetrag (Nettoauszahlungen)	3.163,0 Mio. US-Dollar	B. 6
ODA Zugesagte Öffentliche Entwicklungshilfe	3.702,0 Mio. US-Dollar	E. 2
— davon multilateral	990,1 Mio. US-Dollar	E. 2
— davon bilateral	2.712,8 Mio. US-Dollar	E. 2
nicht sektoral aufschlüsselbar 370,0 Mio. US-Dollar (z. B. Katastrophenhilfe, Schuldenreorganisation)		
sektoral aufschlüsselbar 2.338,9 Mio. US-Dollar		E. 2
— davon		
TZ (Zusagen) 1.062,0 Mio. US-Dollar (Zuschüsse)		E. 2, E. 3
— davon für Bildungswesen		
Projekthilfe (Zusagen) 1.277,0 Mio. US-Dollar (ca. 20 % Zuschüsse, Rest Kredite mit Zuschußelement)		
— davon für Bildungswesen		
464,9 Mio. US-Dollar		E. 3
466,9 Mio. US-Dollar		
2,0 Mio. US-Dollar		
443,9 Mio. US-Dollar		
870,5 Mio. US-Dollar		
Ausgaben für die TZ		
Ausgaben für den Bildungssektor im Rahmen der TZ		
Bildungshilfe, Zusagen		
Zugesagte Zuschüsse der TZ für den Bildungssektor, 1975—1982		
vgl. Tabelle 2:		
vgl. Tabelle 3		

bedürfnisse und zur Bekämpfung der absoluten Armut betont. Initiiert und operationalisiert wurden diese Bemühungen unter anderem durch die Weltbank-Gruppe, die Internationale Arbeitsorganisation (vgl. unter anderem Blaug, 1973) und UNICEF. In deutlicher Anlehnung an diese Diskussion verkündete die Bundesregierung im Jahre 1980, neben anderen prioritären Bereichen auch Bildungsprogramme stärker berücksichtigen zu wollen: „Hauptziel der Bildungsprogramme der Entwicklungsländer ist die Verbesserung der Entwicklungschancen im wirtschaftlichen, sozialen, aber auch kulturellen und politischen Bereich. Dabei wird Programmen der Grunderziehung (z. B. Alphabetisierung, berufsbezogene Erwachsenenbildung, Berücksichtigung lokaler Sprachen) wachsende Bedeutung zukommen“ (BMZ, 1980, S. 17). Am 5. März 1982 beschloß der Deutsche Bundestag einstimmig: „Vorrangiges Ziel der deutschen Entwicklungspolitik ist die Bekämpfung der absoluten Armut. Prioritäre Förderbereiche sind die ländliche Entwicklung, die Erhal-

Tabelle 2: Technische Zusammenarbeit: Zugesagte Zuschüsse der Bundesrepublik Deutschland für den Bildungssektor, 1975 bis 1982, in Mio. US-Dollar zu jeweiligen Preisen

	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982
	in Mio. US-Dollar							
Bildungssektor insgesamt	241,67	208,55	281,65	375,29	476,22	576,41	466,24	464,87
darunter								
a) Primarbereich								
b) Sekundarbereich	4,82	8,18	6,58	12,30	15,85	12,59	13,63	17,63
c) Tertiärbereich	26,47	25,01	24,73	30,67	44,80	38,13	33,07	32,07
d) Lehrerausbildung	1,59	2,21	4,23	2,18	0,84	2,20	3,30	1,64
e) Berufliche und technische Ausbildung außerhalb des Sekundarbereichs	83,64	55,64	84,88	119,14	160,13	232,77	156,09	168,61
Sektoral zurechenbare Technische Zusammenarbeit insgesamt	551,05	466,37	603,68	879,12	1.266,55	1.248,47	1.122,77	1.061,76
davon								
Anteil des Bildungssektors in Prozent	43,86	44,72	46,66	42,64	37,60	46,17	41,53	43,78
Deflator der öffentlichen Entwicklungshilfe	—	—	0,72	0,83	0,92	1,00	0,99	0,98
	in Prozent							
Bildungssektor insgesamt	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00
darunter								
a) Primarbereich								
b) Sekundarbereich	1,99	3,92	2,34	3,28	3,33	2,18	2,92	3,79
c) Tertiärbereich	10,95	11,99	8,78	8,17	9,41	6,62	7,09	6,90
d) Lehrerausbildung	0,66	1,06	1,50	0,58	0,18	0,38	0,71	0,35
e) Berufliche und technische Ausbildung außerhalb des Sekundarbereichs	34,61	26,68	30,14	31,75	33,36	40,38	33,48	36,27

Quellen: OECD/DAC: DAC-Questionnaire, Tabelle 5; Antworten der Bundesregierung.

tung und Nutzung konventioneller Energiequellen und die Entwicklung angepaßter Technologien zur Nutzung nicht-erschöpflicher Energiequellen, der Schutz der natürlichen Ressourcen und Programme der Bildung und Ausbildung" (Deutscher Bundestag, 1982, S. 5402). Auch die neue christlich-liberale Bundesregierung hat sich ausdrücklich hinter diesen Beschluß gestellt.

Das in Tabelle 2 gezeichnete Bild der Struktur der Bildungshilfe der Bundesrepublik Deutschland zeigt jedoch keine verstärkte Förderung des Primarbereichs oder der funktionalen Grundbildung (so auch die Einschätzung der Bildungshilfe der 70er Jahre durch die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit, vgl. GTZ, 1982, S. 15). Bemerkenswert ist vielmehr die sektorale Stabilität der Zusagen mit dem hohen Anteil beruflicher und technischer Ausbildung außerhalb des Sekundarbereichs (allerdings muß beachtet werden, daß durchgehend weniger als 50 Prozent der Bildungshilfeszusagen überhaupt sektoral aufgegliedert sind; über Schwerpunktänderungen im Rahmen der restlichen gut 50 Prozent der Mittel sind also keine Aussagen möglich). Das oben skizzierte reale Wachstum der Bildungshilfe bis 1980 mit der darauffolgenden deutlichen realen Verringerung bis 1982 (bei gleichermaßen real zurückgehenden TZ-Zusagen insgesamt) verdeutlicht, daß die verschärfte allgemeine Wirtschaftskrise lange vor der politischen Wende zu einer deutlichen Einschränkung der Bildungshilfe führte. (Die Trendentwicklung ist dieselbe, wenn man — wegen der Irrfahrt des Dollar-Wechselkurses — die Ausgaben in DM zugrundelegt).

Tabelle 3 bietet unter anderen systematischen Gesichtspunkten ein Strukturbild der Technischen Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland Anfang der 80er Jahre, im Mittelpunkt stehen getätigte Ausgaben (nicht: Zusagen) und Personalkategorien. Die Zahl der durch die Bundesrepublik Deutschland geförderten Studenten und Praktikanten (1982: knapp 22.000) liegt in derselben Größenordnung wie die Zahl der Förderungsfälle von Frankreich und ist damit etwa doppelt so hoch wie die Japans und Großbritanniens und knapp dreimal so groß wie die der USA (OECD, 1983, F2). Die Zahl der Experten und Freiwilligen (1982: etwa 5.900) ist im internationalen Vergleich eher niedrig: Sie liegt in derselben Größenordnung wie die Großbritanniens, während die Werte für Japan, die USA und Frankreich etwa doppelt bzw. dreimal und viermal so groß sind. Über die 70er Jahre hinweg betrachtet, blieb die Zahl der im Rahmen der bundesdeutschen TZ finanzierten Experten und Freiwilligen in etwa stabil, während sie sich im Falle Großbritanniens, Frankreichs und der USA dramatisch verringerte (Rückgänge, die zwischen einem Drittel und der Hälfte der Ausgangswerte liegen) und im Falle Japans verfünffachte (OECD, 1983, F3).

An dieser Stelle ist es angebracht, am Beispiel der im Rahmen der TZ geförderten Studenten (BRD 1982: knapp 4.700) einige grundsätzliche Bemerkungen über die Qualität und die Grenzen der Aussagefähigkeit der OECD-Entwicklungshilfedaten einzufügen.

Die Arbeit des DAC der OECD ist grundsätzlich durch das Bemühen charakterisiert, durch die Verabredung gemeinsamer Erhebungs- und Meldestandards vergleichbare Informationen über einerseits Entwicklungshilfeleistungen im strikten Sinne, andererseits über kommerzielle Austauschbeziehungen zu generieren. Die so gewonnenen Angaben über Formen des personellen Austauschs — etwa geförderte Studenten — liegen für alle untersuchten Länder wesentlich niedriger als andere Statistiken, die in einem allgemeineren Sinne Umfang und Struktur internationaler wissenschaftlicher Kontakte beschreiben sollen (vgl. UNESCO Statistical Yearbook 1983, Tabelle 3.16). So studierten im Wintersemester 1981 insgesamt rund 25.000 ausländische Studenten aus Afrika (3.282), Lateinamerika (2.025), Asien (14.150; ohne Israel und Japan) und der Türkei (5.340) in der Bundesrepublik Deutschland (BMBW, 1983, S. 148 f.). Dieser Wert ist viermal höher als die Zahl

**Tabelle 3: Öffentliche Technische Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland:
Ausgaben und Personal, 1981 und 1982**

	1981 Ausgaben in 1.000 US-Dollar	Personen	1982 Ausgaben in 1.000 US-Dollar	Personen
I. Studenten und Praktikanten	132.855	36.234	110.845	21.904
a) Studenten insgesamt	60.736	6.990	57.187	4.681
davon				
in der Bundesrepublik Deutschland				
(Tertiar-Stufe)	—	6.410	—	4.133
im Herkunftsland	—	387	—	198
in dritten Staaten	—	193	—	350
b) Praktikanten ¹ insgesamt	72.119	29.244	53.658	17.223
davon				
in der Bundesrepublik Deutschland	—	16.015	—	11.592
im Herkunftsland	—	9.736	—	2.883
in dritten Staaten	—	3.493	—	2.748
II. Personal für Technische Zusammenarbeit				
insgesamt	334.365	5.903	235.951	5.865
darunter				
Experten	291.171	4.314	190.255	4.235
Freiwillige Helfer	43.194	1.589	45.696	1.630
III. Ausrüstung für Technische Zusammenarbeit	257.163	—	357.973	—
IV. Forschungsausgaben insgesamt	70.410	—	64.998	—
darunter für				
Landwirtschaft	7.420	—	3.920	—
Bevölkerungsplanung	1.266	—	899	—
Industrie/Technologie	41.135	—	41.841	—
andere Bereiche	20.594	—	18.337	—
V. Kulturelle und soziale Entwicklung	20.518	—	29.893	—
VI. Andere Bereiche der Technischen Zusammenarbeit	64.857	—	70.785	—
Bilaterale Zusammenarbeit insgesamt	880.177	42.137	870.448	27.769
darunter				
Landwirtschaft	177.708	3.352	138.659	3.618
Bildung	471.614	38.033	443.896	31.366
Energie	43.716	48	26.290	56
Gesundheit	69.075	901	48.927	1.242

¹ Angaben für 1982 enthalten keine Praktikanten, die an weniger als einen Monat dauernden Ausbildungsgängen teilnehmen.

Quellen: OECD/DAC: DAC-Questionnaire, Tabelle TC1; Antworten der Bundesregierung.

der im Rahmen der TZ geförderten Studenten (vgl. Tabelle 3); in ihm enthalten sind unter anderem Studenten, die auf eigene Kosten, auf Kosten ihrer Regierung, der eines dritten Landes oder einer internationalen Organisation in der Bundesrepublik Deutschland studieren. Mit gewisser Berechtigung pflegen die Länder der Bundesrepublik Deutschland bzw. die KMK darauf hinzuweisen, daß sie die Kosten der entsprechenden Studienplätze trügen und sie in dieser Höhe einen Beitrag zur „auswärtigen Kulturpolitik“ bzw. zur Technischen Zusammenarbeit oder Bildungshilfe leisteten (unter Zugrundelegung durchschnittlicher öffentlicher Ausgaben von DM 7.500,— pro Studienplatz und Jahr ergibt sich so für 1981 immerhin ein jährlicher Gesamtaufwand der Länder für Studenten aus Entwicklungsländern von knapp 180 Mio. DM).

Diese Überlegungen deuten darauf hin, daß die DAC-Daten Umfang und Struktur der Bildungshilfe im tertiären Bereich systematisch unterschätzen (und dies nicht nur im Falle der Bundesrepublik Deutschland).

Andererseits muß festgestellt werden, daß die DAC-Systematik zu einem Schätzwert der bilateralen Bildungshilfe der Bundesrepublik Deutschland führt (Ausgaben 1982: 440 Mio. US-Dollar, Zusagen 1982: 465 Mio. US-Dollar), der deutlich mehr als doppelt so hoch ist wie der Ausgabenansatz der Bundesregierung für entwicklungspolitische Zusammenarbeit im Rahmen der Auswärtigen Kulturpolitik (1982: 544,3 Mio. DM). Diese Divergenz kann jedoch nicht allein auf die Berücksichtigung von Leistungen der Bundesländer in den Meldungen an das DAC zurückgeführt werden.

Trotz der angedeuteten Unstimmigkeiten und unklaren Abgrenzungen muß festgestellt werden, daß die DAC-Statistiken von den insgesamt schlechten Systematiken mit Abstand die besten zur Zeit verfügbaren Daten zur Bildungshilfe bieten.

3. Der amerikanische Angriff auf die entwicklungspolitische Zusammenarbeit

Die „Bildungshilfe“ ist ein relativ junger und kleiner Teil der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit; dies gilt in noch stärkerem Maße für die seit etwa acht Jahren verstärkt thematisierte Wissenschafts-, Forschungs- und Technologiepolitik zugunsten der Dritten Welt. Als Politikbereiche mit kulturellem Schwerpunkt sind sie von politisch-ideologischen Krisen tendenziell besonders stark betroffen, zumal eine Lobby fehlt, die sich wegen drohender negativer Auswirkungen allzu starker Kursänderungen der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit als „Puffer“ erweisen könnte.

Die amerikanische Außenpolitik ist seit dem Amtsantritt Präsident Reagans, vor allem im Jahre 1983, so stark radikalisiert worden, daß ein Ausblick auf die entwicklungspolitische Zusammenarbeit im allgemeinen und die Bildungshilfe im speziellen nicht umhin kann, diese Verschärfung zu berücksichtigen. Als Hintergrund zur Einschätzung der gegenwärtigen Krise sollen die in Tabelle 4 deutlich werdenden mittelfristigen Trends dienen.

Schon 1970 nahmen die Entwicklungshilfeleistungen der USA, gemessen an der mit dem Bruttosozialprodukt ausgedrückten Wirtschaftskraft, nur noch einen Mittelplatz ein. Gleichwohl war der absolute Betrag der amerikanischen Entwicklungshilfe noch um ein Vielfaches höher als der jedes anderen einzelnen Geberlandes, mehr als doppelt so hoch wie der der COMECON-Länder als Gruppe, sechsmal größer als der der OPEC-Länder und genauso groß wie der der EG-Länder.

Bis zum Beginn der 80er Jahre hatte sich dieses Bild durch die starke Erhöhung der Leistungen der anderen westlichen Industrieländer und der OPEC-Länder dramatisch geändert, **während die Leistungen der USA als einzigem westlichen Industrieland von 1971 bis 1981 real leicht abnahmen.** Die Leistungen der westeuropäischen Staaten (EG und andere) hatten inzwischen absolut gesehen fast das doppelte Volumen der USA-Leistungen

Tabelle 4: Öffentliche Entwicklungshilfe nach Geberländern, 1970 und 1982, absolute Beträge in Preisen und Wechselkursen von 1981¹, in Prozent des BSP, Jahresdurchschnittliche reale Steigerung (1971/72 bis 1981/82)

Nettoauszahlungen	1970 ²		1982		Jahresdurchschnittliche reale Steigerung in Prozent
	in Mio. US-Dollar	In Prozent des BSP	In Mio. US-Dollar	in Prozent des BSP	
DAC-Länder³					
Niederlande	627	0,61	1.488	1,08	8,3
Norwegen	118	0,32	567	0,99	13,4
Schweden	312	0,38	1.132	1,02	9,5
Dänemark	172	0,38	440	0,77	7,3
Frankreich					
— einschließlich Übersee-Departements und -Gebiete	2.735	0,66	4.349	0,75	3,7
— ohne Übersee-Departements und -Gebiete	1.749	0,42	2.844	0,49	4,3
Belgien	334	0,46	570	0,60	3,6
Deutschland	1.683	0,33	3.241	0,48	6,0
Großbritannien	1.662	0,39	1.931	0,37	0,8
Kanada	748	0,41	1.113	0,42	3,0
Australien	670	0,62	894	0,57	1,3
Österreich	34	0,07	355	0,53	24,0
Neuseeland	40	0,23	67	0,28	4,5
Japan	1.618	0,23	3.349	0,29	7,6
Finnland	22	0,06	148	0,30	11,7
Schweiz	127	0,15	244	0,25	4,5
Vereinigte Staaten	6.624	0,32	7.745	0,27	-0,2
Italien	377	0,16	824	0,24	8,8
DAC-Länder insgesamt	17.904	0,34	28.458	0,38	3,5
Sonstige OECD-Länder	286	0,14	—
OPEC-Länder					
Saudi-Arabien	446	5,60	4.556	2,82	23,0
Kuweit	381	6,21	1.332	4,86	15,4
VAE	.	.	579	2,06	17,2
Irak	10	0,13	—	—	12,9
Katar	.	.	257	(3,80)	..
Sonstige	188	0,28	275	0,08	(6,2)
OPEC-Länder insgesamt	1.026	1,18	6.999	1,22	19,4
COMECON-Länder					
UdSSR	1.977	0,16	1.903	0,14	2,8
DDR	88	0,08	206	0,15	9,2
Übriges Osteuropa	472	0,14	381	0,13	-2,3
COMECON-Länder insgesamt	2.537	0,15	2.490	0,14	2,2
Sonstige Geber	..	—	193	—	—
Insgesamt	21.467	—	38.426	—	5,2

1 Bereinigt um den BSP-Preisindex.

2 Die Zahlen für 1970 enthalten für sämtliche Länder mit Ausnahme der USA keine Verwaltungskosten.

3 Die DAC-Länder sind nach dem Grad der Verwirklichung des BSP-Ziels in den letzten Jahren geordnet.

Quelle: OECD: Jahresprüfung 1983, Tabellen B2, B3, B4.

erreicht, die der OPEC-Staaten erreichten in etwa die Größenordnung der USA-Leistung, die der drei Länder Frankreich, Bundesrepublik Deutschland, Japan überschritten deutlich das amerikanische Niveau. Relativ gesehen — gemessen als Prozentsatz des BSP — fielen die USA auf den drittletzten Platz aller DAC-Länder zurück. Trotz dieser starken Verschiebungen im relativen Gewicht der absoluten Leistungen sind die USA aber auch noch Anfang der 80er Jahre das mit Abstand wichtigste einzelne „Geberland“, und zwar sowohl hinsichtlich der bilateralen als auch der multilateralen Leistungen.

Dieses im Bereich der Entwicklungshilfe wie in anderen Bereichen noch immer bestehende außerordentliche absolute „Einzelgewicht“ der USA im Gefüge der internationalen Beziehungen erklärt deren nach wie vor bestehende große Abhängigkeit von der amerikanischen Innen- und Außenpolitik.

Vor dem Hintergrund des Traumas des verlorenen Vietnam-Krieges und der 1973er Nah-Ost- und Öl-Krise beschwor der amerikanische Völkerrechtler und Politikwissenschaftler R. Falk die Gefahren des „Amerikanischen Angriffs auf die Vereinten Nationen“ (vgl. Falk, 1975). Seine Befürchtungen haben sich offensichtlich bewahrheitet: Die Reaktionen der USA auf die Krisen, Fehlschläge und Herausforderungen der Jahre seit Vietnam haben nicht zur Stärkung von Versuchen zur Weiterentwicklung einer neuen, international konzentrierten Politik dieser Großmacht geführt, sondern im Gegenteil zur langsamen, schrittweisen Erosion der amerikanischen Beteiligung an internationalen Kooperationsformen, zum immer deutlicher werdenden Rückzug der amerikanischen Regierungen (und der amerikanischen Öffentlichkeit) auf Denk- und Verhaltensformen, die ihre Legitimation aus relativ eng interpretierten nationalen Interessen beziehen.

Dieser Prozeß hat offensichtlich lange vor dem Amtsantritt der Reagan-Administration begonnen und blieb nicht auf die wachsende Distanz zu den multilateralen Organisationen des UN-Systems beschränkt. Seinen (vorläufigen) Höhepunkt erreichte er allerdings im Jahre 1983 mit der Kündigung der USA-Mitgliedschaft in der UNESCO und — wichtig noch — dem faktischen Boykott der siebten „Wiederauffüllungsrunde“ der Weltbanktochter IDA (diese Akte betreffen die Bildungshilfeproblematik am direktesten, stehen aber gleichwohl nur als wichtige *partes pro toto* und könnten unter anderem ergänzt werden durch den de facto IAO-Boykott von 1982/83 (vgl. FAZ vom 2. März 1983), die 1982er FAO-Austrittsdrohung (vgl. FAZ vom 7. Dezember 1982), die destruktive Politik in der Vorbereitung von UNCTAD VI (vgl. NZZ vom 6. Juli 1982); für eine Auswahl von Pressestimmen zur UNESCO- und Weltbank-Krise vgl. Entwicklungspolitik, 2/84).

Der Kern der Kündigung der UNESCO-Mitgliedschaft zielt auf die Legitimation des konstitutiven Struktur- und Verfahrensmusters aller selbständigen Organisationen des UN-Systems: die Trennung zwischen den Definitionsstandards für Mitgliedschaftspflichten und -rechte. Gilt für die Mitgliedschaftsrechte das Prinzip „Ein Staat — Eine Stimme“, so werden die Pflichtbeiträge nach einem Schlüssel festgelegt, der die absolute und relative Wirtschaftskraft des Mitgliedstaates berücksichtigt (wobei beim geltenden Schlüssel ein Anteil von 25 Prozent des ordentlichen Haushalts auf die USA entfällt; der jährliche UNESCO-Beitrag der USA für den Haushalt 1984/85 war auf 43 Mio. US-Dollar festgelegt worden). Diese Verfahrensmuster haben in den vergangenen 20 Jahren verstärkt dazu geführt, die Verhandlungsposition der politisch und wirtschaftlich mächtigen Staaten zu erschweren, wird ihnen doch im Prinzip zugemutet, die verfahrensmäßig abgesicherte Gleichheit der Konflikt- und auch der Koalitionspartner zu akzeptieren. In einem politischen Klima, in dem sich die USA zunehmend häufiger in einer Minderheitsposition sahen, die darüber hinaus auch häufig nicht von verbündeten und befreundeten westlichen Staaten voll geteilt wurde, wuchs daher in den 70er Jahren die Skepsis und Distanz gegenüber politischen Foren, welche die Durchsetzung und häufig sogar nur die Verteidigung von amerikanischen Interessen und Perspektiven so erschweren.

Der Rückzug aus den Verhandlungen über die siebente Wiederauffüllung der IDA — genereller die wachsende Skepsis gegenüber der amerikanischen Beteiligung an multilateralen Entwicklungsbanken (vgl. Department of the Treasury, 1982) — ist insofern anders gelagert, als diese Institutionen nicht dem skizzierten Struktur- und Verfahrensmuster der UN-Organisationen folgen. Sie sind vielmehr nach dem Muster von Kapitalgesellschaften organisiert: Das Stimmengewicht variiert entsprechend den Einlagen (und dementsprechend verfügen die USA über mehr als 20 Prozent aller Stimmen in der Weltbank und IDA). Der amerikanische Einfluß war und ist daher immer noch sehr groß; speziell der Weltbank — die ihre Kapitalmittel ganz überwiegend auf den privaten Kapitalmärkten aufnimmt und zu kommerziellen Bedingungen ausleiht — wird so auch ein insgesamt positives Zeugnis der Kosteneffizienz und der weitgehenden Parallelität zu amerikanischen Positionen ausgestellt (Department of the Treasury, 1982). Die für die amerikanische politische und wirtschaftliche Szene besonders kontroversen Themen betreffen daher in erster Linie die Weltbank-Tochter IDA, die langfristige Kredite mit hohem Zuschubelement vergibt und deren Mittel deshalb regelmäßig von den Geberländern wiederaufgefüllt werden müssen. Die IDA-Aktivitäten und damit zusammenhängende Programmatiken und Konzeptionen waren es, die der Weltbank den Vorwurf einbrachten, unter der Präsidentschaft McNamaras zunehmend „sozialistischer“ geworden zu sein.

Die 6. IDA-Wiederauffüllung für die Jahre 1981 bis 1983 mobilisierte 12 Mrd. US-Dollar; die 7. Wiederauffüllung sollte den Kapitalbedarf für die drei Jahre 1984 bis 1986 decken. IDA 7 mußte wegen des Widerstands der USA um ein Jahr verschoben werden, wodurch die IDA-6-Mittel für ein zusätzliches Jahr ausreichen mußten. IDA 7 sollte nun für 1985 bis 1987 16 Mrd. US-Dollar mobilisieren. Die USA waren jedoch nur gewillt, IDA 7 zu akzeptieren, wenn der Gesamtbetrag auf 9 Mrd. US-Dollar reduziert würde (bei einem US-Anteil von 2,2 Mrd.). Dies bedeutet eine Verringerung der realen IDA-7-Mittel von etwa 40 bis 60 Prozent gegenüber IDA 6 (je nach Annahme über die Inflationsrate des Dollar), falls es nicht gelingt, zusätzliche Mittel aus einigen europäischen und OPEC-Ländern zu mobilisieren. Dies könnte zu überproportionalen Auswirkungen auf die weichsten der weichen „Infrastrukturprogramme“ (Gesundheit, Bildung, Bevölkerungspolitik, Umweltprobleme) der Weltbank und der IDA führen.

Unter finanziellen Gesichtspunkten wäre der Austritt der USA aus der UNESCO und aus allen anderen Organisationen des UN-Systems recht problemlos verkraftbar. Der Grund dafür liegt darin, daß die westlichen und sozialistischen Industrieländer es erfolgreich verhindern konnten, daß die operativen Programme des UN-Systems aus den jeweiligen ordentlichen Haushalten finanziert werden (diese beschränken sich daher auf den politischen Apparat, die Verwaltung, die wissenschaftlichen Dienste und die Dokumentation). Finanziell wirklich folgenreich ist der seit langem anhaltende und neuerdings zugespitzt radikale Rückzug der USA aus der bilateralen und multilateralen (freiwillig finanzierten) entwicklungspolitischen Zusammenarbeit.

Politisch brisant ist dieser amerikanische Angriff, weil er — über den Bereich der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit hinaus — den politischen und ideologischen Fundamentalismus der Reagan-Administration und der sie stützenden Teile der amerikanischen Öffentlichkeit ausdrückt und nolens volens konservative Regierungen in Westeuropa zu ähnlichen Maßnahmen verführen kann.

Literaturverzeichnis

- BLAUG, Mark: Education and the Employment Problem in Developing Countries. Genf: ILO 1973, 89 S.
- BMBW: Grund- und Strukturdaten 1982/83. Bonn 1982, 312 S.
- BMZ: Die entwicklungspolitischen Grundlinien der Bundesregierung unter Berücksichtigung der Empfehlungen der „Unabhängigen Kommission für internationale Entwicklungsfragen“. Bonn 1980, 46 S.
- BOLI-BENNETT, John: „The Ideology of Expanding State Authority in National Constitutions, 1870—1970“. In: MEYER, John W., und HANNAN, Michael T. (Hrsg.): National Development and the World System. Chicago: University of Chicago Press 1979, S. 222—237.
- BUNDESKABINETT: Grundsatzprogramm der Bildungs- und Wissenschaftshilfe. Vom Bundeskabinett verabschiedet am 22. Dezember 1971, S. 31—47.
- DEPARTMENT OF THE TREASURY: United States Participation in the Multilateral Development Banks in the 1980s. Washington, D. C. 1982, 194 S.
- DEUTSCHER BUNDESTAG: Stenographischer Bericht. 89. Sitzung. Plenarprotokoll 9/89. Bonn 1982, S. 5361—5402. Entwicklungspolitik, Spiegel der Presse, 2/84, S. 34—64.
- FALK, Richard A.: „The American Attack on the United Nations: An Interpretation“. In: Harvard International Law Journal, Bd. 16 (1975), H. 3, S. 566—575.
- FAZ, 2. März 1983: „Washington arbeitet wieder in der IAEO mit. Aber Warnung vor einer ‚Politisierung‘ der Organisation“.
- FAZ, 7. Dezember 1983: „Amerika spricht vom Austritt aus der FAO. Kontroverse um Beitragsrückstände“.
- GTZ: Bildung und Wissenschaft in der Technischen Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern. Eschborn 1982, 636 S.
- HÜFNER, Klaus, MEYER, John, und NAUMANN, Jens: Comparative Education Policy Research — Putting Recent Trends into a World Society Perspective. WZB Forum 1983: Cross National Policy Research. Berlin: Wissenschaftszentrum 1983 (Manuskript).
- HURST, Paul: „Education and Development in the Third World: A Critical Appraisal of Aid Policies“. In: Comparative Education, Bd. 17 (1981), H. 2, S. 115—255.
- MEYER, John W., u. a.: „The World Education Revolution, 1950—70“. In: Sociology of Education, Bd. 50 (1977), S. 242—258.
- NZZ, 6. Juli 1982: „Heterogene Gruppenpolitik in der UNCTAD. Erfahrungen im Blick auf die Belgrader Konferenz“.
- OECD: Zusammenarbeit im Dienste der Entwicklung. Politik und Leistungen der Mitglieder des Ausschusses für Entwicklungshilfe. Paris 1983.
- PARSONS, Talcott: „Higher Education as a Theoretical Focus“. In: TURK, Herman, und SIMPSON, Richard (Hrsg.): Institutions and Social Exchange. Indianapolis: Bobbs-Merrill Co. 1971, S. 233—252.
- PARSONS, Talcott, und PLATT, Gerald M.: The American University. Cambridge, Mass.: Harvard University Press 1973, 463 S.
- PHILLIPS, Herbert M.: Educational Cooperation Between Developed and Developing Countries. New York, Washington und London: Praeger 1976, 331 S.
- RAMIREZ, Francesco O., und BOLI-BENNETT, John: „Global Patterns of Educational Institutionalization“. In: ALTBACH, Philip G., ARNOVE, Robert F., und KELLY, Gail P. (Hrsg.): Comparative Education. New York: Macmillan 1982, S. 15—36.
- UNESCO Statistical Yearbook 1983. Paris 1983.
- WORLD BANK: Education Sector Policy Paper. Washington, D. C. 1980, 143 S.

Christoph Wulf
in Zusammenarbeit mit Traugott Schöffthaler
(Herausgeber)

Im Schatten des Fortschritts

Gemeinsame Probleme im Bildungsbereich in
Industrienationen und Ländern der Dritten Welt

No 55

ssip bulletin

Verlag **breitenbach** Publishers
Saarbrücken · Fort Lauderdale 1985